

Fragen der Rom und Cinti Union e.V. zur Europawahl 2019

Antworten der SPD Hamburg

Frage 1: Weshalb sollen in Hamburg lebende Sinti und Roma den Kandidatinnen und Kandidaten der SPD ihre Stimme geben?

Antwort:

Die europäische Idee bleibt der bedeutendste politische und zivilisatorische Fortschritt des vergangenen Jahrhunderts: Freiheit, Demokratie und Menschenrechte, wirtschaftliche Zusammenarbeit und politische Partnerschaft über nationale Grenzen hinweg. Ein lang anhaltender Frieden auf unserem von Jahrhunderten der Kriege erschütterten Kontinent. Die europäische Idee ist die Antwort auf die großen Aufgaben der Gegenwart und Zukunft.

Der Zusammenhalt Europas ist keine Selbstverständlichkeit. Er ist ein Erfolg der Frauen und Männer, die nach den grausamen Erfahrungen der beiden Weltkriege, der nationalen Überhöhung und dem Schüren von Hass auf andere Länder und Menschen, den Mut und die Kraft gehabt haben, das Trennende zu überwinden und gemeinsam an einem anderen, friedlichen und vereinigten Europa zu arbeiten.

Doch der Zusammenhalt ist gefährdet: Mittlerweile handeln einige Staaten der Europäischen Union immer unverhohlener im eklatanten Widerspruch zu den freiheitlichen und demokratischen Grundprinzipien, die in den europäischen Verträgen verankert sind. Populisten, Rechte und neue Nationalisten stellen sich frontal gegen den europäischen Einigungsgedanken, wollen Europa schwächen und damit das Rad der Geschichte zurückdrehen.

Doch wir brauchen Europa, um die großen Zukunftsaufgaben erfolgreich zu bewältigen: Durch gemeinsame europäische Zukunftsinvestitionen in unsere gemeinsamen öffentlichen Güter. Durch Schaffung echter sozialer Grundrechte mit fairen Regeln und starken Rechten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Verbraucherschutzrechten, gerade auch in Zeiten der Digitalisierung und des ökologischen Wandels. Durch eine dem Frieden und der Abrüstung verpflichteten europäischen Außenpolitik. Durch eine Nachbarschaftspolitik, die den Staaten und Regionen südlich und östlich der EU faire Angebote zur Zusammenarbeit macht. Durch eine gemeinsame Flüchtlingspolitik, die Europas Werten der Freiheit und Humanität entspricht. Durch eine Politik, die es schafft, immer noch entfesselte Finanzmärkte zu bändigen. Durch eine Politik, die Steuerflucht bekämpft und alle in die Verantwortung für die Zukunft unserer Gesellschaft nimmt. Und durch eine Politik, die aus Verantwortung für die nachfolgenden Generationen den Klima- und Umweltschutz konsequent verstärkt. Wir verstehen die 17 Nachhaltigkeitsziele 2030 der Vereinten Nationen (SDG) als Leitbild unseres euroapolitischen Handelns, weil nur so die aktuellen ökonomischen, ökologischen, sozialen und internationalen Politikbereiche gemeinsam angegangen und gelöst werden können.

Wir Sozialdemokrat*innen wollen Impulse für mehr europäische Solidarität geben und die politische und soziale Integration Europas weiter vorantreiben. Ein starkes Europa liegt im ureigenen Interesse Deutschlands: Um wirtschaftliche Ungleichgewichte und soziale Ungleichheiten in Europa abzubauen. Um mehr Möglichkeiten für gesellschaftlichen Austausch zu schaffen, gerade für junge Menschen. Um die Demokratie und den europäischen Parlamentarismus zu stärken. Wir sind bereit, in den Zusammenhalt Europas zu investieren, weil Investitionen in ein starkes Europa die beste Grundlage für eine gute Zukunft auch in Deutschland sind. Wir wissen, unsere Vision eines starken Europas ist ehrgeizig, wir müssen Widerstände überwinden. Es gibt politische Kräfte, für die Europa nicht die Antwort ist, sondern die ihr Heil in der Rückkehr zu Egoismus und Nationalismus suchen.

Wir laden alle ein, sich diesen Kräften entgegenzustellen und mit uns für ein Europa des Friedens, der Freiheit, der Gerechtigkeit, der Solidarität und der Demokratie zu streiten.

Frage 2: Wie würden Sie die Ratifizierung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen, sowie alle weiteren Übereinkünfte und Empfehlungen des COE und der EU zur Verbesserung der Lebenssituation der Sinti und Roma in Europa umsetzen wollen?

Antwort:

Die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen wurde vom Europarat beschlossen. Obgleich die Ziele, Regional- oder Minderheitensprachen als kulturelles Erbe Europas anzuerkennen, die Zusammengehörigkeit von regionalen Sprachminderheiten nicht durch politische Grenzen zu behindern und den Gebrauch der Sprachen im öffentlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Leben zu stärken, von uns Sozialdemokrat*innen unterstützt werden, ist ein Beitritt der Europäischen Union auf absehbare Zeit unwahrscheinlich. Dies hängt vor allem mit der politischen Situation in einigen Mitgliedsstaaten zusammen. In den baltischen Staaten beispielsweise wird die Anerkennung der russischen Sprache als Minderheitensprache durch die schwierige Beziehung mit Russland erschwert. Auch in Griechenland gibt es aus politischen Gründen große Hürden für die Anerkennung von Mazedonisch und Türkisch. Die Mitgliedsstaaten würden also im Rat der Europäischen Union einen Beitritt zur Charta der Regional- oder Minderheitensprachen ablehnen und sich auf die Nichteinmischung in nationale Sprachpolitik und auf das Prinzip der Subsidiarität, Art. 167 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), berufen.

Diese politischen Blockaden sind in absehbarer Zeit nicht aufzulösen. Aus diesem Grund sehen wir Sozialdemokrat*innen die Möglichkeiten zur Stärkung von Minderheitensprachen durch Initiativberichte des Europäischen Parlaments wie beispielsweise den „Bericht über die Gleichstellung von Sprachen im Digitalen Zeitalter“, der im September 2018 vom Europäischen Parlament angenommen wurde. Dem ging eine schwierige Debatte um Amtssprachen, Ko-Amtssprachen, regionale Sprachen und Minderheitensprachen voraus, letztendlich konnten aber folgende relevante Punkte durchgesetzt werden:

Punkt 15: Der Bericht „regt an, die 60 Regional- und Minderheitensprachen auf der Ebene der EU umfassend rechtlich zu schützen, die kollektiven Rechte nationaler und sprachlicher Minderheiten in der digitalen Welt anzuerkennen und für muttersprachlichen Unterricht in den Amtssprachen und den anderen Sprachen der EU zu sorgen;“ Des Weiteren, unter Punkt 9. „empfiehlt der Kommission, die Einrichtung eines Zentrums für sprachliche Vielfalt in Betracht zu ziehen, dass das Bewusstsein für die große Bedeutung weniger verbreiteter, regionaler und von Minderheiten gesprochener Sprachen unter anderem im Bereich der Sprachtechnologien stärkt;“ und „35. vertritt die Auffassung, dass digitale Lehrmaterialien auch in den Minderheiten- und Regionalsprachen ausgearbeitet werden müssen, was wichtig ist, damit keine Diskriminierung erfolgt, da nur auf diese Weise Chancengleichheit und Gleichbehandlung herbeigeführt werden;“ Außerdem unter Punkt 6: [...] betont jedoch [...] dass auf EU-Ebene konkrete Maßnahmen (Strategien, Finanzierung, Forschung und Bildung) eingeleitet werden sollten, die regionale Sprachen und Minderheitensprachen in diese Entwicklung [Anm. von Sprachtechnologien] einbinden und dazu anhalten;“ sowie 21: „fordert die Kommission auf, die Untertitelung, Synchronisierung und Übersetzung von Videospiele und Softwareanwendungen in Minderheitensprachen finanziell zu unterstützen;“, „38. empfiehlt den Mitgliedstaaten, auch in den europäischen Minderheiten- und Regionalsprachen Programme für digitale Kompetenzen zu konzipieren“ ; „42. fordert die Organe der EU auf, für den Nutzen der Verfügbarkeit von Online-Diensten, -Inhalten und -Produkten in mehreren – darunter auch weniger verbreiteten, regionalen und von Minderheiten gesprochenen – Sprachen für Unternehmen, öffentliche Stellen und Bürger zu sensibilisieren, damit Sprachbarrieren überwunden werden und ein Beitrag zur Wahrung des kulturellen Erbes von Sprachgemeinschaften geleistet wird;“

Zudem haben wir im Programm „Kreatives Europa“, zur Unterstützung und Fortschritt für den kulturellen und audiovisuellen Sektor in Europa, eine valide Rechtsgrundlage für die Untertitelung geschaffen. Wir Sozialdemokrat*innen werden auch weiterhin zur Sensibilisierung für das Thema aufrufen.

Nach der Europawahl 2014 bestimmte die S&D die schwedische Abgeordnete Soraya Post, die für die Belange der Roma Community verantwortlich war. Sie hat dafür gesorgt, dass der Kampf gegen Antiziganismus eine oberste Priorität für die europäischen Sozialdemokrat*innen erhielt. So starteten wir eine umfassende Roma-Initiative und konnten verschiedene historische Resolutionen auf den Weg bringen. Im Jahr 2018 publizierte die S&D einen umfassenden Bericht bezüglich der bereits erreichten Erfolge und ihrer Roma-Strategie: https://www.socialistsanddemocrats.eu/sites/default/files/S%26D%20-%20Anti-Gypsyism%20publication_A4_V09-FINAL_pbp.pdf

Frage 3: Wie gedenken Sie, den noch immer vorherrschenden Antiziganismus zu bekämpfen?

Antwort:

Die SPD tritt mit Engagement den leider immer noch anzutreffenden Vorurteilen gegen Sinti und Roma entgegen. Deshalb haben wir gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern den Antrag „Antiziganismus bekämpfen“ in den Bundestag eingebracht, der am 22.03.2019 beschlossen wurde (siehe Anlage).

Damit wird die Einsetzung eines Expertengremiums möglich, das erstmals eine systematische Bestandsaufnahme aller Erscheinungsformen des Antiziganismus erarbeiten und 2021 einen ausführlichen Bericht vorlegen soll. Dieser soll eine Bestandsaufnahme der Entstehung, der Erscheinungsformen und der Folgen des Antiziganismus enthalten sowie Empfehlungen, wie Programme zur Bekämpfung von Antiziganismus entwickelt und weiterentwickelt werden können. In dem Antrag wird die Bundesregierung zudem aufgefordert, jeder Form des Hasses gegen Sinti und Roma und dem Antiziganismus schon im Entstehen entschlossen zu begegnen.

Frage 4: Wie würden Sie die Aufklärung über die Geschichte und den NS-Holocaust an den Roma und Sinti in den Schulplänen voranbringen wollen?

Antwort:

Die SPD will mehr und bessere präventive Bildungsarbeit gegen Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Ganzen. Wir wissen, dass ein guter und moderner Schulunterricht von entscheidender Bedeutung ist, Schülerinnen und Schüler stark zu machen gegen menschenfeindliche Einstellungen. Deswegen ist eine Stärkung der Bildung immer auch eine Stärkung im Kampf gegen Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus.

In der Kulturministerkonferenz legen die für Schule und Bildung zuständigen Minister der Bundesländer einheitliche Standards und fest und einigen sich auf länderübergreifende Themenfelder. So haben sie festgelegt, dass Themen wie Migration, Integration und Heterogenität als Querschnittsthemen in den Unterricht einfließen. Die Länder bieten zudem Aus- und Fortbildungsangebote für Lehrkräfte zur interkulturellen Kompetenz und zum Umgang mit Heterogenität an.

Der Themenbereich Nationalsozialismus und Holocaust ist in allen Bundesländern in dem Fach Geschichte fest verankert und ist verpflichtender Unterrichtsgegenstand in den Jahrgangsstufen 9 oder 10, vereinzelt auch in Jahrgangsstufe 8. In der Regel verlässt demnach keine Schülerin bzw. kein Schüler die Schule, ohne etwas über dieses Kapitel deutscher Geschichte erfahren zu haben. Hinzu kommt, dass das Thema auch in anderen Unterrichtsfächern des Sekundarbereichs I, insbesondere in Deutsch und Religion/Ethik mit einer fachspezifischen Schwerpunktsetzung besprochen wird. Im Sekundarbereich II sind Nationalsozialismus und Holocaust in einer vertiefenden und größere Zusammenhänge aufzeigenden Weise abermals verpflichtender Unterrichtsgegenstand.

Die Freie und Hansestadt Hamburg fördert seit Jahren mit dem Einsatz von Rom- und Sinti-Bildungsberater*innen die Unterstützung von Roma und Sinti im Schulbereich.

Die Schulen selbst können sich in Projekten wie dem bundesweit angebotenen „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ engagieren und besondere Schwerpunkte setzen.

Frage 5: Wie wollen Sie die EU-Strategie 20/20 für in Deutschland lebende Sinti und Roma umsetzen?

Antwort:

Die Strategie Europa 20/20 soll bis 2020 Wachstum und Beschäftigung in der Europäischen Union fördern. Hierzu haben die Staats- und Regierungschefs fünf strategische Oberziele in den Bereichen Beschäftigung, Forschung und Entwicklung, Klimawandel und Energie, Bildung sowie Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung beschlossen:

- Beschäftigung: Erhöhung der Beschäftigungsquote auf 75 % der erwerbsfähigen Bevölkerung (Altersgruppe der 20- bis 64-Jährigen)
- Forschung und Entwicklung: Investition von 3 % des EU-BIP
- Klimawandel und Energie: 20 % weniger Treibhausgasemissionen als 1990, 20 % Energie aus erneuerbaren Quellen; Erhöhung der Energieeffizienz um 20 %
- Bildung: Senkung des Anteils der vorzeitigen Schulabgänger auf unter 10 %, Steigerung des Anteils der Bevölkerung im Alter zwischen 30 und 34 mit abgeschlossenem Hochschulstudium auf mindestens 40 %
- Armut und soziale Ausgrenzung: Senkung der Anzahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen oder bedrohten Menschen um mindestens 20 Millionen

Im Rahmen der Regierungsbeteiligung arbeitet die SPD intensiv an der Umsetzung der Strategie Europa 20/20. Fortschritte in der Umsetzung kommen allen in unserem Land lebenden Personen zugute.

Frage 6: Welchen Druck können Sie als Kandidatinnen und Kandidaten ausüben, um die Fluchtursachen und die Verfolgung der Roma in deren Herkunftsländern zu thematisieren?

Antwort:

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten engagieren uns dafür, dass Deutschland sich weiterhin auf verschiedenen Ebenen mit Nachdruck für die Verbesserung der Situation der Roma im Rahmen der europäischen Institutionen sowie bilateral einsetzt – insbesondere in Zusammenarbeit mit Partnerregierungen, Nichtregierungsorganisationen und Menschenrechtsgruppierungen, neben der Entwicklungszusammenarbeit auch im Rahmen des „Stabilitätspakts Südosteuropa“.

Siehe auch Antwort auf Frage 2.

Frage 7: Wie beabsichtigt ihre Partei, dass in Deutschland lebende Sinti und Roma ebenso denen in Deutschland lebenden Juden, auf Grundlage der gemeinsamen NS-Verfolgungsgeschichte, gleichgestellt werden?

Antwort:

Leider werden in den Entschädigungsgesetzen des Bundes noch immer nicht alle Opfergruppen des Nationalsozialismus als NS-Verfolgte anerkannt. Der Bundestag hatte es in seiner Gedenkstunde zum Holocaust-Gedenktag am 27. Januar 2017 mit besonderem Blick auf die „Euthanasie“-Geschädigten erneut bekräftigt: alle Opfer der NS-Diktatur verdienen unsere Anerkennung und unseren Respekt. Das gilt damit auch für „Euthanasie“-Geschädigte sowie für Sinti und Roma, Homosexuelle und Zwangssterilisierte, die im Bundesentschädigungsgesetz keine ausdrückliche Erwähnung als NS-Verfolgte finden.

In der Würdigung und Anerkennung der Opfer des Nationalsozialismus darf es keine Benachteiligung geben! Die SPD-Bundestagsfraktion fordert daher ein Anerkennungsgesetz, das diese Opfergruppen ausdrücklich als NS-Verfolgte würdigt. Unser Ziel ist es, damit eine Gleichstellung in der Anerkennungskultur zu erreichen, die lange überfällig ist. Einen Antrag dazu hatte die SPD-Bundestagsfraktion bereits im Frühjahr 2017 vorgelegt. Dieser Antrag ist im Juni 2017 durch die Union im Bundestag blockiert worden.

Wir werden dieses Anliegen in dieser Wahlperiode weiter voranbringen: Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD vom 12.03.2018 haben wir dazu vereinbart: „Wir wollen vor allem jüngere Menschen dazu bewegen, Gedenkstätten zu besuchen. Deshalb unterstützen wir die Gedenkeinrichtungen bei der Weiterentwicklung ihrer pädagogischen, digitalen und audiovisuellen Vermittlungskonzepte. Eine ethnisch und religiös zunehmend heterogene Zusammensetzung der Besuchergruppen erfordert dabei eine besondere Aufmerksamkeit. Neben der Stärkung der pädagogischen Arbeit wird als ein Teil dieser Förderinitiative das Programm „Jugend erinnert“ ins Leben gerufen, um Austausch und Begegnungen sowie Gedenkstättenfahrten mit entsprechenden Workshops für Schulklassen zu fördern und damit dem wachsenden Antisemitismus und Antiziganismus entgegenzuwirken. (...) Bisher weniger beachtete Opfergruppen des Nationalsozialismus wollen wir anerkennen und ihre Geschichte aufarbeiten.“

Frage 8: Wie beabsichtigt Ihre Partei, ähnliche Verantwortung für Roma und Sinti sicher zu stellen, wie in dem gegebenen Versprechen der Bundesrepublik gegenüber dem jüdischen Staat Israel?

Antwort:

Bisher hat die SPD dazu unseres Wissens nach noch keine Position entwickelt.

Frage 9: Wie könnten Sie zur Verbesserung der Lebenssituation der Sinti und Roma beitragen?

Antwort:

Siehe Antworten auf die Fragen 2, 3 und 5.